

Halbjahresabschluss für das erste Halbjahr 2015 der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft



Halbjahresabschluss für das erste Halbjahr 2015 der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Inhalt

Zwischenlagebericht für das erste Halbjahr 2015

Halbjahresabschluss für das erste Halbjahr 2015

- Bilanz zum 30. Juni 2015
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 30. Juni 2015
- Verkürzter Anhang für das erste Halbjahr 2015
- Entwicklung des Anlagevermögens für das erste Halbjahr 2015

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover Zwischenlagebericht für das erste Halbjahr 2015 (ungeprüft)

1	Grundlagen der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	2
1.1	Struktur	2
1.2	Strategie	2
2	Marktbezogene Entwicklung und wesentliche politische Rahmenbedingungen	3
2.1	Marktbezogene Entwicklung	3
2.2	Wesentliche politische Rahmenbedingungen	6
2.2.1	Europäische Energiepolitik	6
2.2.2	Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland	7
3	Geschäftsverlauf	8
3.1	Veränderungen in der Beteiligungsstruktur des SWH-Konzerns	8
3.2	Wesentliche Ereignisse des Berichtszeitraums	9
3.3	Umwelt und Innovation	9
3.4	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	10
4	Darstellung und Analyse der Lage	10
4.1	Ertragslage	11
4.2	Finanzlage	13
4.3	Vermögenslage	14
4.4	Gesamtaussage zur Lage	15
5	Nachtragsbericht	15
6	Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken	15
6.1	Erwartete Entwicklung von SWH	15
6.2	Chancen- und Risikobericht	16

1 Grundlagen der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

1.1 Struktur

Die **Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover**, (SWH) ist als kommunales Energiedienstleistungsunternehmen operativ tätig und Muttergesellschaft des **Konzerns Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft** (SWH-Konzern). Sie ist ein in Deutschland nach dem Aktiengesetz registriertes Unternehmen und gehört zu den größten kommunalen Energieversorgungs- und -dienstleistungsunternehmen Deutschlands. Die Aktionärsstruktur der Gesellschaft blieb im ersten Halbjahr 2015 unverändert. Mit 75,09 Prozent ist die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) Hauptaktionärin. Mit ihr besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Daneben sind die Thüga AG, München, mit 24,0 Prozent und die Region Hannover mit 0,91 Prozent beteiligt. Die SWH wird in den nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Konzernabschluss der VVG einbezogen.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehören die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, der Energiehandel sowie alle Neben-, Hilfs- und Ergänzungsgeschäfte. Unter der Dachmarke „enercity“ werden Energie und Dienstleistungen für Privatkunden im Versorgungsgebiet Hannover sowie für Geschäftskunden bundesweit angeboten. Seit Anfang 2015 bietet SWH über das Versorgungsgebiet Hannover hinaus auch Strom- und Gasprodukte für Haushaltskunden in der Region Hannover an. Der Umsatz wird nach wie vor im Wesentlichen im Inland in den Geschäftsbereichen Strom, Gas, Wasser, Wärme und Dienstleistungen erwirtschaftet.

Im SWH-Konzern werden die Aktivitäten der SWH durch die Tätigkeitsfelder Netzbetrieb, Energieerzeugung, Contracting sowie Gasspeicherung und -vermarktung ergänzt.

Im Folgenden sind den Geschäftsbereichen die wesentlichen Beteiligungen der SWH zugeordnet:

Strom	Gas	Wasser	Wärme	Dienstleistung
Erzeugung	Netze	Netze	Contracting	Netze
Kraftwerk Mehrum GmbH (KWM)	enercity Netzgesellschaft mbH (eNG)	Netzgesellschaft Laatzten GmbH & Co. KG (NGL)	Danpower GmbH (Danpower)	eNG htp GmbH (htp)
GKL – Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH (GKL)	Gasnetzgesellschaft Laatzten-Nord mbH (GNG)		enercity Contracting GmbH (eCG)	
GKH – Gemeinschaftskraftwerk Hannover GmbH (GKH)				
enercity Erneuerbare GmbH (eEG)				
Netze	Speicherung			Sonstige
eNG, NGL	GHG – Gasspeicher Hannover GmbH (GHG) enercity Speichervermarktungsgesellschaft mbH (eSG)			Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga)

Zu den Änderungen innerhalb der Beteiligungsstruktur des SWH-Konzerns im ersten Halbjahr 2015 wird auf den Abschnitt „Veränderungen in der Beteiligungsstruktur des SWH-Konzerns“ verwiesen.

1.2 Strategie

Das ordnungspolitische, regulatorische und wirtschaftliche Umfeld der Energieversorgung ist weiterhin durch massive Umbrüche insbesondere auf der Energieerzeugungsseite geprägt, was dazu führt, dass die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen zunehmend instabil sind. Aktuelle energiepolitische Herausforderungen stellen insbesondere der Umbau der deutschen und europäischen Energieversorgung unter Beachtung des energiepolitischen Dreiecks von Klimaschutz, Versorgungssicherheit und bezahlbaren Preisen, die deutliche Reduzierung der CO₂-Emissionen als führende klimapolitische Zielstellung, der Rückgang der Wirtschaftlichkeit konventioneller Kraftwerke sowie die Gewährleistung von Planungssicherheit und Verlässlichkeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Steigerung der Effizienz des Energiesystems dar.

Neben den energiepolitischen Herausforderungen stellen die Liberalisierung der Energiemärkte und der damit verbundene zunehmende Wettbewerb und Margendruck sowie die weiterhin volatilen Energiepreise zusätzliche unternehmerische Anforderungen an die Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus resultieren aus der Regulierung der Strom- und Erdgasnetze durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) sinkende Netzmargen, die bei der gleichzeitigen Forderung nach einer weiterhin sehr hohen Versorgungsqualität zu einem starken wirtschaftlichen Druck führen. Hinzukommen weiter sinkende Margen in der Stromerzeugung, die insbesondere auf das enorme Wachstum der Photovoltaik- und Windstromerzeugung in Deutschland zurückzuführen sind.

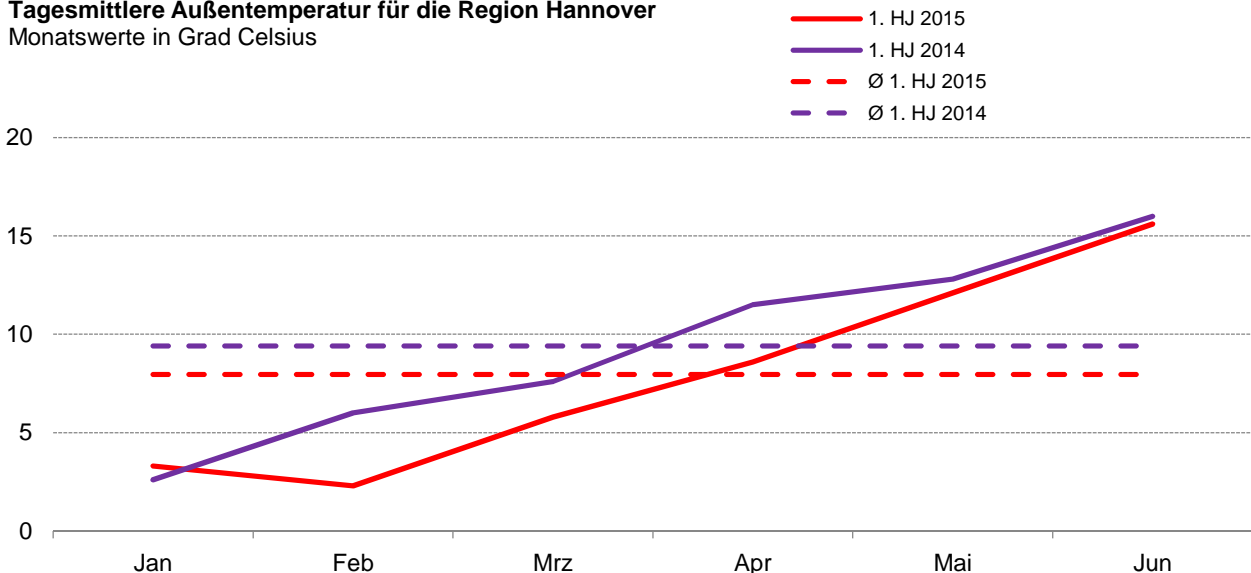
Mit diesen veränderten Rahmenbedingungen sind nachhaltige Ergebnisrisiken in den relevanten Geschäftssegmenten für Energieversorgungsunternehmen verbunden. Die SWH hat sich frühzeitig auf den erwartbaren Teil der Veränderungen mit der wachstumsorientierten Unternehmenskonzeption K2020, folgend dem Motto „Vorwärts nach weit“, eingestellt und hält nach wie vor an deren grundsätzlicher Umsetzung fest. Durch eine Kombination von Maßnahmen zur Kostenreduzierung und Margenoptimierung sowie durch rentable Wachstumsprojekte wird eine Ertragskraft auf angemessenem wirtschaftlichem Niveau angestrebt. Dazu soll in den nicht regulierten Wertschöpfungsstufen das Entwicklungspotenzial in Form von Erlös- und Margenoptimierungen genutzt werden. In den regulierten Wertschöpfungsstufen stehen hingegen Kostenoptimierungen im Vordergrund. Aktuell wird an der Fortschreibung der Unternehmenskonzeption unter dem Titel K2025 gearbeitet, die dem Aufsichtsrat des Unternehmens zum Ende des Jahres vorgelegt werden soll.

2 Marktbezogene Entwicklung und wesentliche politische Rahmenbedingungen

2.1 Marktbezogene Entwicklung

Witterungseinflüsse. Im ersten Halbjahr 2015 lagen die tagesmittleren Außentemperaturen in der Region Hannover insgesamt unter den ungewöhnlich milden Frühjahrstemperaturen des ersten Halbjahres 2014 (Durchschnitt erstes Halbjahr 2015: 8,0 Grad Celsius; Durchschnitt erstes Halbjahr 2014: 9,4 Grad Celsius). Nur der Januar 2015 war mit einem Wert von 3,3 Grad Celsius sogar noch wärmer als der Januar 2014 (2,6 Grad Celsius).

Tagesmittlere Außentemperatur für die Region Hannover
Monatswerte in Grad Celsius

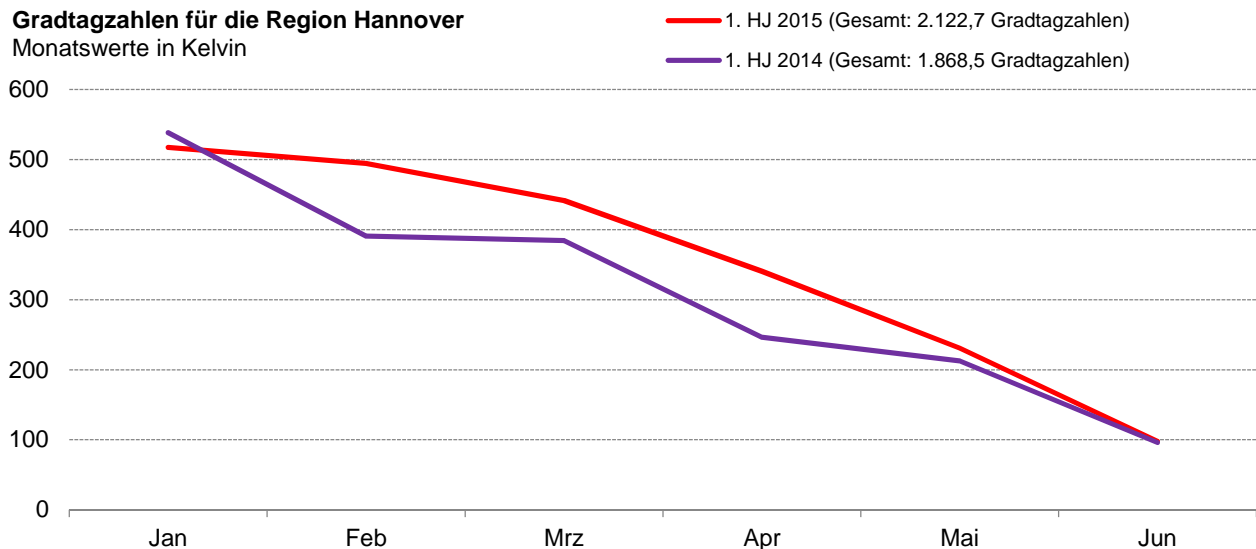


Dem Temperaturverlauf des ersten Halbjahres 2015 entsprechend lagen die Gradtagzahlen¹ insgesamt über dem Wert des Vorjahresvergleichszeitraums.

¹ Die Gradtagzahl ist eine heiztechnische Kenngröße, die den Zusammenhang zwischen der Außenlufttemperatur und der gewünschten Raumtemperatur herstellt. Die Berechnung folgt der VDI-Richtlinie 3807 bei einer Raumtemperatur von 20 Grad Celsius und einer Heizgrenztemperatur von 15 Grad Celsius.

Gradtagzahlen für die Region Hannover

Monatswerte in Kelvin



Weiterer Rückgang der Stromnotierungen am Terminmarkt. Im ersten Halbjahr 2015 beziehungsweise im Geschäftsjahr 2014 notierten die Kontrakte auf dem Terminmarkt der EEX wie im Folgenden dargestellt (in EUR je MWh):

1. HJ 2015	Baseload			Peakload			
	Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
2016		32,03	31,23	33,97	40,61	39,53	43,58
2017		31,59	30,87	33,01	40,24	39,36	42,72

2014	Baseload			Peakload			
	Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
2015		35,09	33,77	36,90	44,40	42,50	47,55
2016		34,26	32,87	36,50	43,51	41,74	46,65

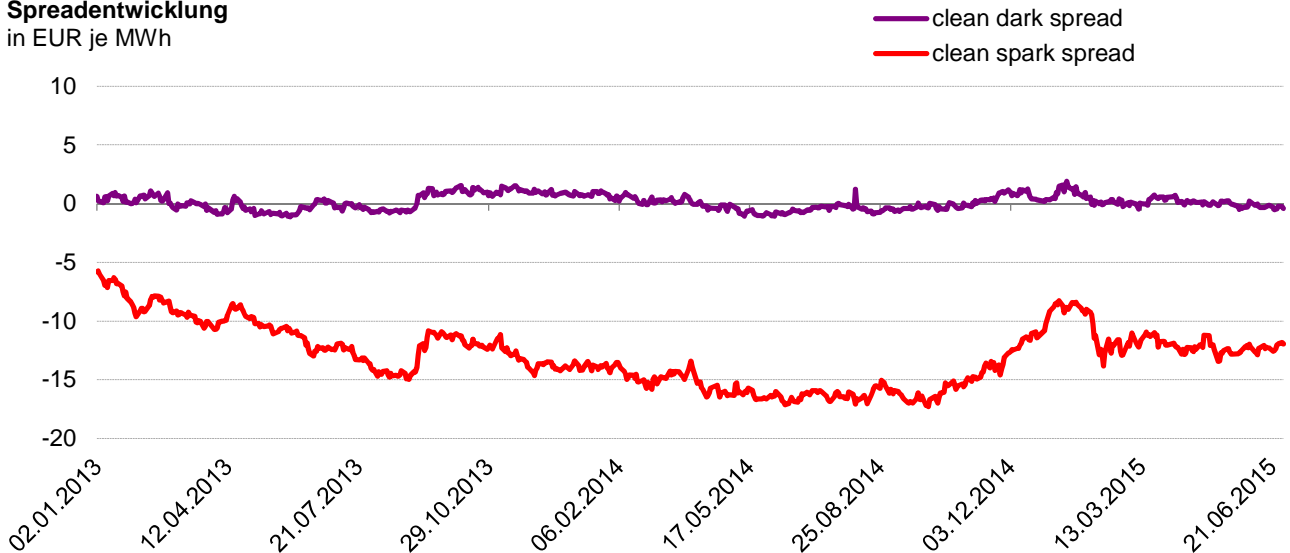
1. HJ 2014	Baseload			Peakload			
	Lieferjahr	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
2015		35,27	33,77	36,90	45,07	43,15	47,55
2016		34,52	33,15	36,50	44,10	42,06	46,65

Insgesamt ergab sich auch im ersten Halbjahr 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein weiterer Preisrückgang für Lieferungen im Jahr 2016 von 2,49 EUR je MWh beziehungsweise 7,2 Prozent für Baseload und von 3,49 EUR je MWh beziehungsweise 7,9 Prozent für Peakload. Der Abwärtstrend der Vorjahre setzt sich somit weiter fort. Die Ursachen liegen weiterhin in dem stetig steigenden Ausbau der erneuerbaren Energien sowie dem weiter gesunkenen Preisniveau für Kohle. Auch für das Lieferjahr 2017 ergeben sich aktuell weiter sinkende Preisnotierungen.

Erzeugermarge der Kraftwerke. Da das Erzeugungsportfolio zum Großteil aus Steinkohle- und Gaskraftwerken besteht, ist die Ergebnisentwicklung insbesondere durch die realisierten Clean Dark Spreads und Clean Spark Spreads geprägt. Der Terminmarkt für Baseload mit Lieferjahr 2016 zeigt die beiden Entwicklungen. Der Clean Dark Spread lag Mitte 2013 und 2014 im negativen Bereich und ist auch aktuell negativ. Die Jahres-Mittelwerte 2013 und 2014 sowie der Mittelwert des ersten Halbjahres 2015 waren nahe Null. Der Wert pendelt um Null und es deutet sich damit an, dass Steinkohleanlagen für die Grundlastversorgung an Bedeutung verlieren. Ursache ist auch hier der zunehmende Einfluss der regenerativen Kapazitäten bis in den Grundlastbereich. Der Abwärtstrend des Clean Spark Spread endete in 2014

und nach einem Anstieg Ende 2014 und Anfang 2015 hat sich das Niveau im ersten Halbjahr 2015 bei rund –12 EUR je MWh gefestigt.

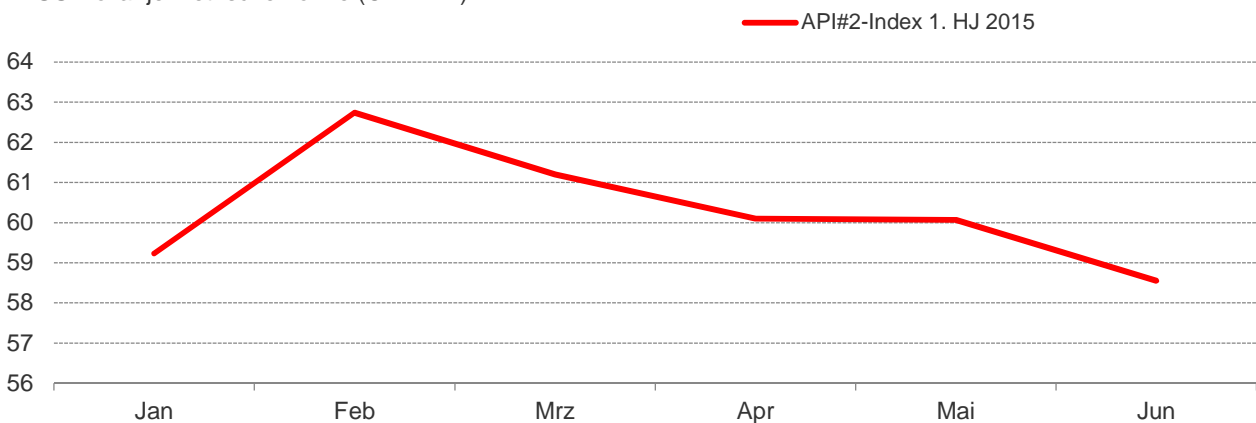
Spreadentwicklung
in EUR je MWh



Rückläufige Gaspreise am Terminmarkt. Im ersten Halbjahr 2015 lag der Durchschnittspreis für das Lieferjahr 2016 im Marktgebiet der Title Transfer Facility (TTF) mit durchschnittlich 21,45 EUR je MWh um –3,49 EUR je MWh beziehungsweise –14,0 Prozent unter dem des Vorjahreszeitraums (24,94 EUR je MWh).

Kohlennotierungen. Die monatlichen Kohlennotierungen (API#2-Index²) für Lieferungen nach Nordwesteuropa bewegten sich im ersten Halbjahr 2015 in einer engen Bandbreite von 4,19 US-Dollar/t. Ausgehend von 59,23 US-Dollar/t im Januar stiegen die Notierungen im Februar auf ihren Höchststand von 62,74 US-Dollar/t und fielen danach im Juni auf 58,55 US-Dollar/t. Insgesamt lagen die Kohlennotierungen während des ersten Halbjahres 2015 um circa 22 Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum 2014.

Kohlennotierungen (API#2-Index)
in US-Dollar je metrische Tonne (CIF ARA)



Der Grund für den weiteren Preisrückgang ist der Einbruch der chinesischen Kohleimporte, der schwer auf den Kohlepreisen lastet. Zudem schrumpfte die Nachfrage in den Industrieländern aufgrund hoher Lagerbestände nach dem relativ

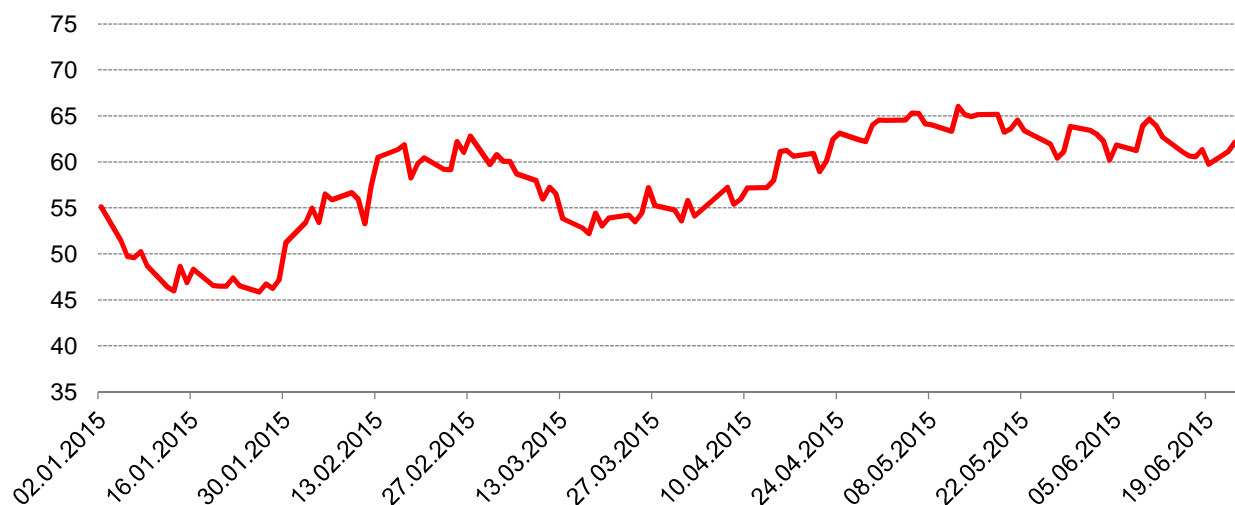
² API#2-Index: Preis in US-Dollar je metrische Tonne für Importe CIF ARA (Amsterdam/Rotterdam/Antwerpen) für Steinkohle mit einem Heizwert von 6.000 kcal/kg

warmen Winter sowie des weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien. Außerdem haben die kohleproduzierenden Unternehmen ihr Angebot nicht hinreichend schnell genug an die rückläufige Nachfrage angepasst.

Weiter sinkendes Ölpreisniveau. Der im zweiten Halbjahr 2014 unerwartet einsetzende Rückgang des Ölpreisniveaus hat sich im ersten Halbjahr 2015 auf dem niedrigeren Niveau stabilisiert. So lagen im ersten Halbjahr 2015 die Handelspreise für einen Barrel der Nordseeölsorte Brent-Rohöl an der International Commodities Exchange (ICE) in London mit einem Durchschnitt von 57,87 US-Dollar je Barrel deutlich unter Vorjahresniveau (Gesamtjahr 2014: 99,09 US-Dollar je Barrel). Der bisherige Jahrestiefstwert lag im Januar 2015 bei 45,87 US-Dollar je Barrel, der bisherige Jahreshöchstwert im Mai 2015 bei 66,04 US-Dollar je Barrel.

Brent Dated

in US-Dollar je Barrel (ICE)



Gestiegenes Preisniveau am CO₂-Markt. Das Futureprodukt der EEX EUA Mid Dec 2015 zeigte im ersten Halbjahr 2015 einen Durchschnittspreis von 7,22 EUR/tCO₂ und lag damit um 28,0 Prozent über dem Durchschnittspreis des Vergleichszeitraums. Bereits im Jahresverlauf 2014 sind die Zertifikatepreise aufgrund des EU-Beschlusses zum Back-loading deutlich angestiegen.

Notierungen für CO ₂ -Zertifikate	1. Halbjahr 2015	2014	1. Halbjahr 2014
	EEX Future EUA Mid Dec 2015	EEX Future EUA Mid Dec 2014	EEX Future EUA Mid Dec 2014
in EUR je Tonne CO ₂			
Durchschnitt	7,22	5,96	5,64
Tages-Maximum	7,78	7,21	7,21
Tages-Minimum	6,44	4,41	4,41

2.2 Wesentliche politische Rahmenbedingungen

2.2.1 Europäische Energiepolitik

Finanzmarktrichtlinie MiFID II. Im Juni 2014 wurden die Richtlinie für Markets in Financial Instruments (MiFID II) sowie die Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Hierzu hatte die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA (European Securities and Markets Authority) bereits im Mai 2014 einen Konsultationsprozess gestartet, der im Dezember 2014 mit einem Vorschlag für Technische Regulierungs- und Durchführungsstandards in eine weitere Runde ging. Das Konsultationspapier der ESMA behandelt eine große Bandbreite von Themen. Der Konsultationsprozess als untergesetzliches Verfahren zur Konkretisierung der Bestimmungen der MiFID II ist damit hinsichtlich der Auswirkungen auf die Energiewirtschaft von großer Bedeutung und derzeit noch nicht abgeschlossen.

Rahmenstrategie zur Energieunion. Im Februar 2015 stellte die Europäische Kommission ihre Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie vor. Ziel der Energieunion ist die Versorgung der Verbraucher in der EU mit sicherer, nachhaltiger, auf Wettbewerbsbasis erzeugter und erschwinglicher Energie. Zur Zielerreichung konzentriert sich die Energieunion auf fünf sich gegenseitig unterstützende Komponenten: Versorgungssicherheit, einem vollständig integrierten europäischen Energiemarkt, Energieeffizienz als Beitrag zur Senkung des Energiebedarfs, Verringerung der CO₂-Emissionen aus der Wirtschaft sowie Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit im Energiebereich. Dabei stützt sich die Rahmenstrategie zur Energieunion auf den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und die Strategie für Energieversorgungssicherheit. Mitte März 2015 wurde die Rahmenstrategie zur Energieunion vom Europäischen Rat weitgehend bestätigt. Ein besonderes Augenmerk liegt bei der Umsetzung der Energieunion zunächst auf der tatsächlichen Umsetzung der Energiebinnenmarktregeln sowie auf der Überprüfung des Marktdesigns.

Emissionshandel. Im Januar 2014 legte die EU-Kommission einen Vorschlag für die Einführung einer Marktstabilitätsreserve für das EU-Emissionshandelssystem ab dem Jahr 2021 vor. Mit der Marktstabilitätsreserve soll die verfügbare Menge an Zertifikaten an die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst und bestehende Überschüsse an Emissionsrechten im Markt abgebaut werden. Im Mai 2015 haben sich nun die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie der Rat der Europäischen Union darauf verständigt, die Marktstabilitätsreserve bereits zum 1. Januar 2019 einzuführen und die über das Backloading aus dem Handel genommenen Emissionsrechte dieser Reserve zuzuführen. Ungenutzte Zertifikate aus der Neuanlagenreserve sollen ab 2020 direkt in die Marktstabilitätsreserve überführt werden. Das Europäische Parlament stimmte Anfang Juli 2015 dem geplanten Gesetzentwurf zur Einführung der Marktstabilitätsreserve zu.

Der Europäische Rat hatte sich im Oktober 2014 auf die Leitlinien für die EU-Energie- und Klimaziele bis zum Jahr 2030 verständigt. In Bezug auf die Treibhausgase soll bis zum Jahr 2030 eine Reduktion von 40 Prozent (gegenüber dem Basisjahr 1990) erreicht werden. Dieses Ziel soll wie bisher auch auf Ebene der Mitgliedstaaten individuell verpflichtend ausgestaltet werden. Kernpunkte der am 15. Juli 2015 von der EU-Kommission vorgeschlagenen Novelle des EU-Emissionshandelssystems sind der sogenannte lineare Reduktionfaktor in Höhe von 2,2 Prozent und die Festlegung, dass Erlöse aus 310 Mio. auktionierten Zertifikaten in einen Modernisierungsfonds fließen sollen. Der Modernisierungsfonds soll für den Zeitraum 2021 bis 2030 eingerichtet werden und Staaten Zugang zu dessen Mitteln gewähren, die weniger als 60 Prozent des europäischen Durchschnitts-BIP/Kopf erreichen. Bisher sollte die zugelassene jährliche Menge an Emissionsrechten um 1,74 Prozent reduziert werden. Die Novelle wird in den kommenden Monaten im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren zwischen EU-Parlament und Ministerrat beraten werden.

2.2.2 Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland

Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE). Um das deutsche Effizienzziel, den Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 gegenüber 2008 um 20 Prozent zu senken und bis 2050 zu halbieren, zu erreichen, verabschiedete die Bundesregierung im Dezember 2014 einen Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE). Schwerpunkt dieses Aktionsplans ist die Senkung des Endenergieverbrauchs. Dafür wurden zahlreiche Sofortmaßnahmen sowie weiterführende Arbeitsprozesse entwickelt. Zu den Kernmaßnahmen des Aktionsplans gehören unter anderem die steuerliche Förderung für energetische Gebäudesanierungen, die Aufstockung des Gebäudesanierungsprogramms, die Einführung wettbewerblicher Ausschreibungen für Stromeffizienzmaßnahmen sowie die Ausweitung von Ausfallbürgschaften für Contractingprojekte.

Novelliertes Energiedienstleistungsgesetz in Kraft getreten. Am 22. April 2015 ist das novellierte Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (EDL-G) in Kraft getreten. Das novellierte EDL-G regelt die Einführung verpflichtender Energieaudits für Nicht-KMU und setzt damit einen Teil der EU-Energieeffizienzrichtlinie in nationales Recht um. Nicht-KMU müssen demnach erstmalig bis zum 5. Dezember 2015 und danach mindestens alle vier Jahre ein Energieaudit durchführen, das grundsätzlich nach DIN EN 16247-1 zu erfolgen hat. Alternativ zugelassen ist die Einführung eines Energiemanagementsystems nach DIN EN ISO 50001 oder eines Umweltmanagementsystems nach EMAS (Eco-Management and Audit Scheme).

Nicht nur Aufwendungsersatz für Redispatch-Maßnahmen. In seinem Beschluss vom 28. April 2015 hat der 3. Kartellsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf aufgrund von 25 Beschwerden von Kraftwerksbetreibern zwei Beschlüsse der BNetzA, mit denen der Einsatz und die Kostenerstattung für stromnetzstabilisierende Kraftwerkseinsätze geregelt werden, aufgehoben. Die BNetzA hatte im Jahr 2012 Vorgaben gemacht, wie und in welcher Reihenfolge Kraftwerke zur Vermeidung von Stromnetzengpässen zum Herauf- oder Herunterfahren der Kraftwerke verpflichtet sind und festgelegt, dass die Kraftwerksbetreiber für einen solchen sogenannten Redispatch-Einsatz ihrer Kraftwerke im Regelfall nur einen

Aufwendersersatz erhalten. Insbesondere die Redispatch-Vergütungsregelung mit ihrer Beschränkung auf einen bloßen Aufwendersersatz hält der Senat des Oberlandesgerichts Düsseldorf für zu restriktiv und geht davon aus, dass im Grundsatz auch weitere im Zusammenhang mit der Redispatch-Anweisung entstehende Kosten und entgangene Gewinnmöglichkeiten ersatzfähig seien. Auch die Vorgaben zur Durchführung von Redispatch-Maßnahmen in der Festlegung „Standardisierung vertraglicher Rahmenbedingungen für Eingriffsmöglichkeiten der Übertragungsnetzbetreiber in die Fahrweise von Erzeugungsanlagen“ wurden vom Oberlandesgericht beanstandet und Teilregelungen als rechtswidrig erachtet. Die BNetzA hat nun im Juni 2015 die Festlegung zur Standardisierung vertraglicher Rahmenbedingungen beim Redispatch vollständig gegenüber allen Marktteilnehmern zurückgenommen. Die Festlegung zur angemessenen Vergütung von Redispatch-Maßnahmen bleibt dagegen weiterhin grundsätzlich gültig. Ausgenommen sind lediglich die Beschwerdeführer, denen das Oberlandesgericht im April in dieser Angelegenheit Recht gegeben hatte.

Einigung in der Energiepolitik. Anfang Juli 2015 konnte sich die Große Koalition in zentralen Fragen der Energiepolitik einigen. Unter anderem wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- Grundsatzentscheidung für einen Strommarkt 2.0: Der Strommarkt soll zu einem Strommarkt 2.0 weiterentwickelt werden, der um eine Kapazitätsreserve außerhalb des Strommarktes ergänzt werden soll. Die Kapazitätsreserve soll dabei nur Kraftwerke umfassen, die nicht am Strommarkt teilnehmen und den Wettbewerb und die Preisbildung nicht verzerren. Die Grundsatzentscheidung für einen Strommarkt 2.0 soll im Weißbuch näher beschrieben und erläutert werden.
- Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung: Die effiziente und klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) soll auch in Zukunft eine wichtige Rolle im Rahmen der Energiewende spielen. Dafür soll das KWK-Gesetz novelliert werden. Unter anderem ist eine Änderung der Bezugsgröße des 25 Prozent-Ausbauziels von der gesamten auf die thermische Stromerzeugung sowie eine Erhöhung des jährlichen Förderdeckels von 750 Mio. EUR auf 1,5 Mrd. EUR vorgesehen. Außerdem sollen bei der Förderung von Bestandsanlagen kohlegefeuerte Anlagen nicht einbezogen werden. Da es sich um ein noch in der Abstimmung befindliches Gesetzgebungsverfahren handelt, sind die Auswirkungen für SWH noch nicht endgültig klar.
- CO₂-Minderungsbeitrag des Stromsektors: Der Minderungsbeitrag von 22 Mio. t CO₂ bis 2020 soll durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen insbesondere im Stromsektor erbracht werden. Dabei ist unter anderem vorgesehen Braunkohlekraftwerksblöcke mit einem Umfang von 2,7 GW in die Kapazitätsreserve des Strommarkts 2.0 zu überführen und dann schrittweise stillzulegen.

Strommarkt 2.0. Am 3. Juli 2015 legte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) das Weißbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ vor, mit dem sich das BMWi klar für eine Weiterentwicklung des bestehenden Strommarktes hin zu einem Strommarkt 2.0 ausspricht. Mit dieser Grundsatzentscheidung wird die Einführung eines Kapazitätsmarktes abgelehnt. Das BMWi geht davon aus, dass der Strommarkt 2.0 Versorgungssicherheit gewährleistet, kostengünstiger als ein Kapazitätsmarkt ist, Anreize für Innovationen schafft und die Integration hoher Anteile erneuerbarer Energien ermöglicht. Das vorgelegte Weißbuch erläutert, begründet und konkretisiert die Entscheidung für den Strommarkt 2.0. Es enthält drei Bausteine, die den bestehenden Strommarkt zum Strommarkt 2.0 weiterentwickeln sollen und die durch 20 kurzfristige Maßnahmen konkretisiert werden. Das Weißbuch wird nun zunächst mit den relevanten Akteuren bis Mitte/Ende August 2015 diskutiert. Anschließend folgt die gesetzliche Umsetzung, die bis zum Frühjahr 2016 abgeschlossen sein soll.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Veränderungen in der Beteiligungsstruktur des SWH-Konzerns

Erwerb Windpark Mangelsdorf GmbH. Durch notarielle Beurkundung vom 11. Februar 2015 und Eintragung in das Handelsregister am 23. Februar 2015 wurde die Windpark Mangelsdorf GmbH (WPMang) mit Sitz in Jerichow als 100-prozentige Tochtergesellschaft der eEG gegründet. Mit Kaufvertrag vom 18. März 2015 und Erfüllung der Vertragsbedingungen am 10. April 2015 hat die WPMang die Vermögensgegenstände und Schulden der Windkraft Jerichow-Mangelsdorf II GmbH & Co. KG, Jerichow, im Rahmen einer Anwachsung mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2015 übernommen. Der Kaufpreis für die Gesellschaftsanteile betrug 5,8 Mio. EUR. Der Windpark umfasst vier Anlagen des Typs Vestas V-112 mit einer Gesamtleistung von 12,3 MW und ist Ende letzten Jahres ans Netz gegangen. Die jährliche Stromerzeugung soll 31 GWh betragen.

Gründung Energieversorgung Bergen Verwaltungs GmbH. Im Februar 2015 wurde die Energieversorgung Bergen Verwaltungs GmbH (EVBV) mit Sitz in Bergen gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung eigenen

Vermögens sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und die Geschäftsführung bei der „Energieversorgung Bergen GmbH & Co. KG“ mit dem Sitz in Bergen, Landkreis Celle. Die Vorgaben des § 136 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der zum Zeitpunkt der Gründung des Unternehmens geltenden Fassung werden beachtet. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25 TEUR und wurde zum Errichtungszeitpunkt von der eEG sowie der Wirtschaftsbetriebe Bergen GmbH in Höhe von jeweils 12,5 TEUR übernommen. Im Anschluss an die Errichtung der EVBV wurden die jeweiligen Geschäftsanteile der eEG sowie der Wirtschaftsbetriebe Bergen GmbH vollständig auf die Energieversorgung Bergen GmbH & Co. KG, Bergen, (EVB) aufschiebend bedingt mit der Eintragung der EVBV im Handelsregister übertragen. Die Übertragung erfolgt mit dem Gewinnbezugsrecht vom 13. Februar 2015 und Besitzübergang mit Wirkung vom 13. Februar 2015. Der Gesellschaftsvertrag der EVBV wurde entsprechend geändert.

Gründung Energieversorgung Bergen GmbH & Co. KG. Ebenfalls im Februar 2015 wurde die Energieversorgung Bergen GmbH & Co. KG (EVB) mit Sitz in Bergen gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, die Errichtung, der Betrieb, der Erwerb von Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere Windenergieanlagen, sowie die Vermarktung von Energie, ferner der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an anderen Unternehmen mit ähnlichen Geschäftszweck, die Übernahme von Verwaltungsaufgaben, das Betriebsmanagement und die Betriebsführung von Anlagen Dritter sowie das Erbringen von kaufmännischen Dienstleistungen. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die EVBV, die weder eine Einlage noch einen Kapitalanteil erbracht hat. Kommanditisten mit einer Einlage von jeweils 12,5 TEUR sind die eEG sowie die Wirtschaftsbetriebe Bergen GmbH, Bergen.

Gründung Windpark Münstedt II GmbH. Im Mai 2015 wurde die Windpark Münstedt II GmbH (WPMü2) mit Sitz in Ilsede als 100-prozentige Tochtergesellschaft der eEG errichtet. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen und allen damit im Zusammenhang stehenden Geschäften sowie die Vermarktung der elektrischen Energie. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25 TEUR.

Umfirmierung in Windpark Lindewitt-Sillerup GmbH. Ebenfalls im Mai 2015 wurde in einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung die Firmierung der Windpark Münstedt GmbH durch Satzungsänderung in Windpark Lindewitt-Sillerup GmbH geändert und der Sitz von Lahstedt (OT Münstedt) nach Lindewitt verlagert. Darüber hinaus wurden keine Änderungen vorgenommen.

Verschmelzung GWK-Gesellschaften. Durch im Dezember 2014 notariell beurkundeten Kauf- und Abtretungsvertrag hatte die SWH mit wirtschaftlicher Wirkung zum 31. Dezember 2014 jeweils weitere Anteile an der GWK Beteiligungs-GmbH, Hannover, sowie der Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Braunschweig GmbH & Co. KG, Hannover, erworben. Die Beteiligung der SWH an beiden Gesellschaften erhöhte sich dadurch jeweils um 16,66 Prozent von 66,67 Prozent auf 83,33 Prozent. Im Folgenden wurden die Anteile an den GWK-Gesellschaften in die KWM gegen Ausgabe neuer Geschäftsanteile eingebracht und anschließend die GWK Beteiligungs-GmbH auf die KWM – mit der Folge einer Anwachsung des Vermögens der Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Braunschweig GmbH & Co. KG – verschmolzen. Die Verschmelzung wurde im Juni 2015 in das Handelsregister eingetragen.

3.2 Wesentliche Ereignisse des Berichtszeitraums

Nachfolgerin im SWH-Vorstand. Anfang Mai 2015 hat der Aufsichtsrat der SWH Frau Dr. Susanna Zapreva-Hennerbichler zur Kaufmännischen Direktorin und Vorstandsvorsitzenden ab dem 1. April 2016 für eine Vertragslaufzeit von fünf Jahren bestellt. Frau Dr. Zapreva-Hennerbichler wird ihre Tätigkeit bereits zum 1. März 2016 zunächst als Vorstand ohne Geschäftsbereich aufnehmen. Der amtierende Vorstandsvorsitzende Herr Michael Feist wird zum 31. März 2016 in den Ruhestand gehen.

3.3 Umwelt und Innovation

Umweltziele 2015. In 2013 begann die Einführung eines Energiemanagementsystems (EnMS) mit dem Ziel der Zertifizierung nach DIN EN ISO 50001 und der Identifikation von Einsparpotenzialen aller SWH-Standorte. Der TÜV Rheinland hat den ersten Schritt zum Aufbau des EnMS mit der Spitzenausgleich-Effizienzsystemverordnung (SpaEfV) durch Testat bestätigt. Der Projektabschluss wird in 2015 erwartet.

Umweltfreundliche Stromerzeugung. Auch in der ersten Jahreshälfte 2015 stellt die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) weiterhin das Rückgrat der Eigenerzeugung dar. Unter Berücksichtigung von Erzeugungskapazitäten der Beteiligungsgesellschaften beträgt die Strommenge aus Anlagen, die nach dem Prinzip der KWK betrieben werden, im Berichtszeitraum 1.166 GWh (Gesamtjahr 2014: 2.315 GWh). Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wurde weiter ausgebaut. Die erneuerbaren Energieträger (im Wesentlichen Biomasse, Solarenergie, Wasser und Wind) haben im ersten Halbjahr 2015 etwa 380 GWh (Gesamtjahr 2014: 646 GWh) zur Eigenerzeugung beigetragen. Im Verhältnis zum Verbrauch aller Tarifkunden im Konzessionsgebiet beträgt die regenerative Energieerzeugung rund 94 Prozent (2014:

79 Prozent). Das Ziel von SWH, bis zum Jahr 2020 den Strombedarf aller Tarifkunden im Konzessionsgebiet bilanziell durch erneuerbare Energien zu decken, kann damit voraussichtlich vorzeitig erreicht werden.

	Stromerzeugung		Installierte Leistung	
	in GWh		in MW	
	1. Halbjahr 2015	2014	1. Halbjahr 2015	2014
Erneuerbare Energien	380	646	186	165
KWK*	1.166	2.315	683	684**

* Stromerzeugung in Anlagen, die nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung betrieben werden.

** Vorjahreswert korrigiert

Contracting. Im Contracting sind 67 erdgasbetriebene BHKW Anlagen mit einer Gesamtleistung (bezogen auf den Anteil von SWH) von 5 MW elektrisch (MWe) und 9 MWth im Einsatz.

Biomassennutzung. Zum 30. Juni 2015 ist SWH über die Tochterunternehmen eCG und Danpower sowie die Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen, (EPL) an insgesamt 72 Biomasseanlagen, davon 36 Biogasanlagen, 31 Holzfeuerungsanlagen, wovon sechs Anlagen Strom erzeugen, vier Klärgas- und einer Grubengasanlage sowie einem Ersatzbrennstoffkraftwerk beteiligt. Unter Berücksichtigung der Ersatzbrennstoffanlage in Bitterfeld ist SWH eine erneuerbare Jahresstromproduktion von etwa 550 GWh aus diesen Anlagen zuzurechnen. Auf Grund der durch die EEG-Novellierung veränderten Rahmenbedingungen sind in Deutschland keine wirtschaftlich tragfähigen Neubau-Projekte mehr möglich. In den baltischen Staaten bestehen Wachstumschancen auf Basis von Biomasse.

3.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Entwicklung Personalbestand. Der Personalbestand hat sich bei SWH wie folgt entwickelt:

	30.06.2015	31.12.2014
Kaufmännische Auszubildende	26	30
Technische Auszubildende	73	95
Auszubildende gesamt	99	125
Mitarbeitende gesamt	2.501	2.540

Der Rückgang der Zahl der Auszubildenden ist auf diejenigen Auszubildenden zurückzuführen, die im ersten Halbjahr 2015 ihre Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen haben.

4 Darstellung und Analyse der Lage

Unternehmensinternes Steuerungssystem. Die Basis für die interne Steuerung bei SWH sind die Steuerungsgrößen EBIT und ROCE. Das EBIT beschreibt das operative Ergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern. Die Steuerungskennzahl ROCE ist eine Kapitalrendite vor Steuern. Der ROCE misst den nachhaltig aus dem operativen Geschäft erzielten Erfolg auf das eingesetzte Kapital. Er setzt das EBIT in Relation zu dem durchschnittlichen Capital Employed des Geschäftsjahres. Das Capital Employed spiegelt das im Unternehmen gebundene und zu verzinsende Kapital wider. Es ergibt sich aus der Bilanzsumme abzüglich des nicht zinstragenden Kapitals. Bei SWH zählen hierzu im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Rückstellungen und Steuerrückstellungen sowie erhaltene Zuschüsse. Der ROCE misst, wie effektiv und profitabel SWH mit dem eingesetzten Kapital wirtschaftet. Im Sinne einer wertorientierten Unternehmenssteuerung verfolgt die SWH-Unternehmensführung einen ROCE, der über den Verzinsungsansprüchen der Kapitalgeber liegt. Auf Grundlage des langfristigen Unternehmenskonzeptes wird die Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals festgelegt.

Auf die einzelnen Fachbereiche von SWH werden Budgets zu Investitionen sowie Kosten und der EBIT im Zielvereinbarungsprozess heruntergebrochen. Dem Vorstand wird über die Ausprägung der Steuerungsgrößen Bericht erstattet.

Darüber hinaus dient zur internen Steuerung und als Indikator für den Erfolg eines Geschäftssegments das EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen). Die Darstellung der Geschäftssegmente sowie

Art und Umfang der gegebenen Informationen erfolgt nach dem Management Approach und gliedert sich in die Segmente „Strom“, „Gas“, „Wasser“, „Wärme“ und „Dienstleistungen“.

4.1 Ertragslage

Die Ertragslage des ersten Halbjahrs 2015 stellt sich wie folgt dar:

Ertragslage (Kurzfassung)	01.01.–	01.01.–	Veränderung		
	30.06.2015	30.06.2014	in TEUR	in Prozent	
	in TEUR				
Umsatzerlöse	1.249.932	1.175.995	73.937	6,3	
Materialaufwand	/.	1.092.158	1.017.865	74.293	7,3
Rohertrag¹⁾	157.774	158.130	-356	-0,2	
Personalaufwand	/.	101.742	101.294	448	0,4
Konzessionsabgabe	/.	22.922	20.561	2.361	11,5
Übrige betriebliche Aufwendungen ²⁾	/.	40.698	38.874	1.824	4,7
Übrige betriebliche Erträge ³⁾	+	68.662	68.561	101	0,1
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	+	37.467	30.713	6.754	22,0
EBITDA	98.541	96.675	1.866	1,9	
Abschreibungen (inkl. Zuschreibungen)	/.	33.494	30.220	3.274	10,8
EBIT	65.047	66.455	-1.408	-2,1	
Zinsergebnis	+	-16.346	-16.076	-270	-1,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	48.701	50.379	-1.678	-3,3	
Ertragsteuern	/.	1.420	1.420	0	0,0
Erfolgsunabhängige Steuern	/.	1.167	1.350	-183	-13,6
Ergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf Genussscheine	46.114	47.609	-1.495	-3,1	
Gewinnabführung	/.	38.718	40.647	-1.929	-4,7
Ausschüttung auf Genussscheine	/.	1.396	1.462	-66	-4,5
Einstellung in Gewinnrücklagen	/.	6.000	5.500	500	9,1
Bilanzgewinn	0	0	0	0,0	

¹⁾ Ohne andere aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen.

²⁾ Inklusive Minderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen.

³⁾ Inklusive anderer aktivierter Eigenleistungen.

Die SWH erwirtschaftete den Gesamtumsatz im Wesentlichen im Inland. Dabei stellt das Konzessionsgebiet das wesentliche Absatzgebiet für Endkunden dar. Dies gilt vor allem für die Absätze in den Sparten Wasser und Wärme und in großen Teilen auch für den Gasabsatz. Die Wärmesparte beinhaltet im Wesentlichen das Fernwärmegeschäft.

Umsatzerlöse. Im ersten Halbjahr 2015 hat die SWH Umsatzerlöse von 1.249,9 Mio. EUR (Vorjahr: 1.176,0 Mio. EUR) erwirtschaftet. Im Geschäftsbereich Strom, welcher mit einem Anteil von 53,5 Prozent (Vorjahr: 57,2 Prozent) am Gesamtumsatz weiterhin die größte Sparte ist, wurden Erlöse in Höhe von 669,0 Mio. EUR (Vorjahr: 672,1 Mio. EUR) erzielt. Die Stromerlöse mit Kunden in Höhe von 361,2 Mio. EUR (Vorjahr: 372,6 Mio. EUR) und aus Stromhandelsgeschäfte in Höhe von 199,9 Mio. EUR (Vorjahr: 183,4 Mio. EUR) trugen im Wesentlichen zu den Erlösen der Stromsparte bei. Der Rückgang der Stromerlöse mit Kunden ist auf geringere Absatzmengen und Preise zurückzuführen. Die Erlöse

im Geschäftsbereich Gas in Höhe von 394,9 Mio. EUR (Vorjahr: 369,4 Mio. EUR) entfallen in Höhe von 213,6 Mio. EUR (Vorjahr: 193,3 Mio. EUR) auf Gashandelsgeschäfte. Der Absatz an Kunden führte zu Umsätzen in Höhe von 155,9 Mio. EUR (Vorjahr: 132,2 Mio. EUR). Der Anstieg der Gaserlöse mit Kunden ist auf witterungsbedingt gestiegene Absatzmengen und Neukundengewinne außerhalb des Konzessionsgebietes zurückzuführen. Die Gassparte ist mit einem Anteil an den gesamten Umsatzerlösen von 31,6 Prozent (Vorjahr: 31,4 Prozent) die zweitgrößte Sparte der SWH. Die Erlöse der Geschäftsbereiche Wasser (40,3 Mio. EUR; Vorjahr: 39,4 Mio. EUR) und Wärme (47,3 Mio. EUR; Vorjahr: 41,7 Mio. EUR) beinhalten hauptsächlich Erlöse aus der Lieferung von Wasser und Wärme an Kunden im Konzessionsgebiet. Die Wärmeerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr witterungsbedingt angestiegen. Die Umsatzerlöse im Dienstleistungsbereich (98,4 Mio. EUR; Vorjahr: 53,4 Mio. EUR) entfallen insbesondere auf den Verkauf von Kohle an Kraftwerksgesellschaften, Erlöse aus Betriebsführungen und Nebengeschäfte. Der starke Anstieg der Erlöse aus Dienstleistungen resultiert hauptsächlich aus einer Zunahme von Kohleverkäufen an die Kraftwerksgesellschaften aufgrund der Zentralisierung des Kohleinkaufs.

Materialaufwand. Die Materialaufwendungen, die im Wesentlichen Bezugskosten für Strom, Gas, Wasser und Fernwärme enthalten, betragen insgesamt 1.092,2 Mio. EUR (Vorjahr: 1.017,9 Mio. EUR). Hiervon entfallen 450,6 Mio. EUR (Vorjahr: 413,7 Mio. EUR) auf Aufwendungen im Zusammenhang mit Strom- und Gashandelsgeschäften. Von Gemeinschaftskraftwerken wurden Strom und Wärme in Höhe von 124,3 Mio. EUR (Vorjahr: 130,0 Mio. EUR) bezogen. Zudem wurden EEG-Ausgleichszahlungen in Höhe von 144,6 Mio. EUR (Vorjahr: 141,3 Mio. EUR) und Netznutzungsentgelte in Höhe von 135,4 Mio. EUR (Vorjahr: 132,8 Mio. EUR) geleistet. Korrespondierend mit der Entwicklung der Umsatzerlöse haben neben den gestiegenen Aufwendungen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften insbesondere gestiegene Aufwendungen für den Gasbezug (325,9 Mio. EUR; Vorjahr: 308,5 Mio. EUR) zum Anstieg der Materialaufwendungen insgesamt beigetragen.

Personalaufwand. Der Personalaufwand beläuft sich aufgrund der tarifvertraglichen Entgelterhöhungen - trotz der gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt zurückgegangenen Mitarbeiteranzahl - auf 101,7 Mio. EUR (Vorjahr: 101,3 Mio. EUR).

Konzessionsabgabe. Die Konzessionsabgabenzahlungen an Städte und Gemeinden im Konzessionsgebiet der SWH entsprechen den diesen Verpflichtungen zugrunde liegenden Absatz- beziehungsweise Umsatzentwicklungen. Sie wurden in voller Höhe erwirtschaftet und betragen 22,9 Mio. EUR (Vorjahr: 20,6 Mio. EUR).

Übrige betriebliche Aufwendungen und Erträge. Diese betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Dienst- und Fremddienstleistungen, Mieten, Pachten und sonstige Nutzungsentgelte sowie Erträge aus der Verpachtung des Strom- und Gasnetzes und sonstigen Weiterberechnungen und Erstattungen.

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen. Der Anstieg des Ergebnisses um 6,8 Mio. EUR resultiert bei kaum veränderten Zinserträgen aus Ausleihungen (1,4 Mio. EUR; Vorjahr: 1,6 Mio. EUR) aus einem gestiegenen Beteiligungsergebnis. Ursache hierfür ist die im Gegensatz zum Vorjahr im ersten Halbjahr erfolgte Ausschüttung der Danpower.

Abschreibungen. Die Abschreibungen beinhalten mit 9,8 Mio. EUR (Vorjahr: 6,3 Mio. EUR) Abschreibungen auf Beteiligungen. Diese spiegeln die schwierigen Marktbedingungen für die Stromerzeugung mit konventionellen Kraftwerken wider.

Nach Bedienung des Genussscheinkapitals in Höhe von 1,4 Mio. EUR (Vorjahr: 1,5 Mio. EUR) ergibt sich ein entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der VVG abzuführender Gewinn von 38,7 Mio. EUR (Vorjahr: 40,6 Mio. EUR). Ein Betrag von 6,0 Mio. EUR (Vorjahr: 5,5 Mio. EUR) wird zur Stärkung des Eigenkapitals in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

4.2 Finanzlage

Die Aufgliederung des Finanzbedarfs und dessen Deckung ergeben sich wie folgt:

	30.06.2015	30.06.2014*	30.06.2014
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	75.138	52.449	70.624
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	7.316	4.762	-25.117
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-98.609	-97.293	-85.589
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-16.155	-40.082	-40.082
Finanzmittelfonds am 01.01.	32.950	55.707	55.707
Finanzmittelfonds am 30.06.	16.795	15.625	15.625
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	30.06.2015	30.06.2014	30.06.2014
Liquide Mittel	13.208	11.913	11.913
Wertpapiere des Umlaufvermögens	3.587	3.712	3.712
Finanzmittelfonds	16.795	15.625	15.625

* Die Vorjahreswerte wurden aufgrund der Änderungen in DRS 21 angepasst.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich entsprechend des Geschäftsverlaufs, insbesondere aufgrund des saisonalen Abbaus von Vorratsbeständen, positiv entwickelt (75,1 Mio. EUR; Vorjahr: 52,4 Mio. EUR).

Die Steigerung des positiven Cashflows aus der Investitionstätigkeit (7,3 Mio. EUR; Vorjahr: 4,8 Mio. EUR) ergibt sich überwiegend aus den gestiegenen Mittelzuflüssen aus erhaltenen Zinsen und Dividenden (32,3 Mio. EUR; Vorjahr: 29,9 Mio. EUR). Dem gegenüber sind die Mittelzu- und -abflüsse für Investitionen in das Anlagevermögen insgesamt kaum verändert.

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit (98,6 Mio. EUR; Vorjahr: 97,3 Mio. EUR) sind kaum verändert. Sie resultieren insbesondere aus Auszahlungen an die Anteilseigner und Genussscheininhaber und aus der Tilgung von Krediten. Dem stehen Mittelzuflüsse aus Kreditaufnahmen und erhaltenen Zuschüssen gegenüber.

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit konnten durch die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und der Investitionstätigkeit nicht vollständig gedeckt werden, sodass der Finanzmittelfonds um 16,2 Mio. EUR (Vorjahr: 40,1 Mio. EUR) abgenommen hat.

4.3 Vermögenslage

Die Bilanzstruktur der SWH stellt sich wie folgt dar:

Bilanz (Kurzfassung)	30.06.2015	31.12.2014	Veränderung	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in Prozent
Anlagevermögen	1.276.240	1.285.667	-9.427	-0,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	8.996	8.753	243	2,8
Sachanlagen	406.650	413.554	-6.904	-1,7
Finanzanlagen	860.594	863.360	-2.766	-0,3
Umlaufvermögen inkl. RAP	252.554	277.540	-24.986	-9,0
Vorräte	27.678	69.112	-41.434	-60,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	204.099	172.275	31.824	18,5
Wertpapiere und flüssige Mittel	16.795	32.950	-16.155	-49,0
Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)	3.982	3.203	779	24,3
Bilanzsumme Aktiva	1.528.794	1.563.207	-34.413	-2,2
Eigenkapital	443.227	437.227	6.000	1,4
Zuschüsse	92.394	92.030	364	0,4
Rückstellungen	195.517	193.802	1.715	0,9
Verbindlichkeiten	795.881	838.255	-42.374	-5,1
Rechnungsabgrenzungsposten	1.775	1.893	-118	-6,2
Bilanzsumme Passiva	1.528.794	1.563.207	-34.413	-2,2

Die Bilanzsumme der SWH ist gegenüber dem 31. Dezember 2014 um 34,4 Mio. EUR gesunken. Die Rückgänge sind insbesondere beim Anlagevermögenvermögen, den Vorräten und flüssigen Mitteln sowie den Verbindlichkeiten zu verzeichnen.

Aktiva. Das Anlagevermögen hat sich um 9,4 Mio. EUR vermindert. Der Buchwert der Sachanlagen ist aufgrund von Abschreibungen und Anlagenabgängen, die nicht vollständig durch Zugänge kompensiert wurden, gesunken. Aufgrund der schwierigen Marktbedingungen für die Stromerzeugung mit konventionellen Kraftwerken wurden Finanzanlagen wertberichtigt.

Das Umlaufvermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr um 25,0 Mio. EUR beziehungsweise 9,0 Prozent gesunken. Das Vorratsvermögen hat sich hauptsächlich aufgrund der Abgabe von Emissionszertifikaten und der Entnahmen aus dem Gasspeicher um 41,4 Mio. EUR auf 27,7 Mio. EUR verringert. Die flüssigen Mittel wurden zur Tilgung von Darlehen eingesetzt und sind daher um 16,2 Mio. EUR zurückgegangen. Gegenläufig haben sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände insbesondere in Folge gestiegener Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus den laufenden Leistungsbeziehungen und Ergebnisabführungen um 31,8 Mio. EUR erhöht.

Der relativ deutlichere Rückgang des Umlaufvermögens im Vergleich zum Rückgang des Anlagevermögens führte zu einer Erhöhung der langfristigen Vermögensquote auf 83,5 Prozent.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstrukturanalyse

	30.06.2015	31.12.2014	Veränderung
	in Prozent	in Prozent	in Prozent
Langfristige Vermögensquote	83,5	82,2	1,6
Eigenkapitalquote	29,0	28,0	3,6
Deckungsgrad für langfristiges Vermögen (Eigenkapital/langfristiges Vermögen)	34,7	34,0	2,1

Passiva. Das Eigenkapital hat sich durch die teilweise Einstellung des Ergebnisses zum 30. Juni 2015 in die Gewinnrücklagen um 6,0 Mio. EUR erhöht. Insgesamt hat sich die Eigenkapitalquote damit weiter auf 29,0 Prozent verbessert. Auch der Deckungsgrad für das langfristige Vermögen konnte durch die Zunahme des Eigenkapitals bei einem gleichzeitigen Rückgang des Anlagevermögens auf 34,7 Prozent gesteigert werden.

Die Verbindlichkeiten sind um insgesamt 42,4 Mio. EUR gegenüber dem 31. Dezember 2014 gesunken. Dieser Rückgang wird im Wesentlichen durch die Tilgung langfristiger Bankverbindlichkeiten, gesunkene Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus den laufenden Leistungsbeziehungen und der Ergebnisabführung sowie gesunkene sonstige Verbindlichkeiten verursacht.

4.4 Gesamtaussage zur Lage

Stabile Gesamtentwicklung. Die Umsatzerlöse in Höhe von 1.249,9 Mio. EUR (Vorjahr: 1.176,0 Mio. EUR) wurden unverändert insbesondere im Strom- und Gasbereich erzielt. Die Materialaufwendungen in Höhe von 1.092,2 Mio. EUR (Vorjahr: 1.017,9 Mio. EUR) führen zu einem Rohertrag in Höhe von 157,8 Mio. EUR (Vorjahr: 158,1 Mio. EUR). Das EBIT („Earnings before Interest and Taxes“ = Ergebnis vor Ertragsteuern und Zinsergebnis) der SWH beträgt für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2015 65,0 Mio. EUR (Vorjahr: 66,5 Mio. EUR). Das Halbjahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf die Genussscheine liegt bei 46,1 Mio. EUR (Vorjahr: 47,6 Mio. EUR).

Insgesamt zeigt sich im ersten Halbjahr 2015 unter weiterhin schwierigen Marktbedingungen eine Entwicklung auf Basis der Planung für 2015. Es wird unverändert von einer unter dem Vorjahresniveau liegenden Ertragslage ausgegangen.

5 Nachtragsbericht

Nach dem Ende des ersten Halbjahres 2015 liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die eine wesentliche Auswirkung auf den weiteren Geschäftsverlauf der SWH haben, vor.

6 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

6.1 Erwartete Entwicklung von SWH

Für Aussagen hinsichtlich der erwarteten künftigen Entwicklung von SWH, der Ertrags- und Finanzlage sowie der relevanten wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen als wesentliche Einflussfaktoren wird grundsätzlich auf die Ausführungen im letzten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 verwiesen.

Für das Geschäftsjahr 2015 wird weiterhin ein gegenüber dem vorangegangenen Geschäftsjahr gesunkenes Jahresergebnis erwartet. Die derzeitigen Erkenntnisse zeigen, dass das geplante Jahresergebnis in Höhe von etwa 88,4 Mio. EUR (Ist 2014: 98,1 Mio. EUR) geringfügig um rund 0,9 Mio. EUR unterschritten wird. Ergebnisbelastend wirkt sich dabei vor allem die zu erwartende überplanmäßige Beteiligungsabwertung auf KWM aus, welche nicht vollständig durch Reduzierungen der Sachkosten und verbesserte Beteiligungsergebnisse kompensiert werden kann. Das derzeit prognostizierte EBIT in Höhe von rund 116,3 Mio. EUR liegt damit voraussichtlich für 2015 ebenfalls leicht unter den geplanten 118,1 Mio. EUR und damit unter dem EBIT des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 134,7 Mio. EUR. Die Gewinnabführung wird sich gegenüber den geplanten 73,7 Mio. EUR (Ist 2014: 88,9 Mio. EUR) auf Basis vorgenannter Prognosewerte um rund 0,9 Mio. EUR verringern. Zur Kapitalerhaltung und Stützung der finanziellen Stabilität sollen aus dem Jahresergebnis weiterhin 12,0 Mio. EUR den Gewinnrücklagen zugeführt werden.

Grundsätzlich basieren im Rahmen der Prognoseberichterstattung getroffene zukunftsgerichtete Aussagen auf den gegenwärtigen Annahmen und Einschätzungen der Unternehmensleitung zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Zwischenlageberichts und sind daher grundsätzlich Ungewissheiten und dem Risiko unterworfen, dass die tatsächliche Geschäftsentwicklung sowie die Ertrags- und Finanzlage der SWH im Ergebnis von der prognostizierten Entwicklung abweichen können.

6.2 Chancen- und Risikobericht

Für die Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken wird auf den Lagebericht der SWH zum 31. Dezember 2014 verwiesen. Das Risiko weiter sinkender Strompreise im Markt bleibt dabei für die gesamte Branche von besonderer Bedeutung für die zukünftige Ertragsentwicklung. Zudem wird das Risiko einer überplanmäßigen Beteiligungsabwertung der KWM voraussichtlich eintreten.

Ansonsten hat die Unternehmensleitung keine neuen Erkenntnisse darüber, dass sich die im letzten Lagebericht abgegebenen wesentlichen Prognosen und sonstigen Aussagen zur voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens für das laufende Geschäftsjahr wesentlich verändert haben. Gegenwärtig wurden somit keine Risiken identifiziert, die in Anbetracht ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Auswirkungen weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Die Unternehmensleitung geht weiterhin davon aus, dass die Ertragskraft des Unternehmens eine solide Basis für die künftige Geschäftsentwicklung bildet.

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Bilanz zum 30. Juni 2015

Aktiva in TEUR	30.06.2015	30.06.2015	31.12.2014
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		8.996	8.753
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	41.335		40.153
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	12.422		12.805
3. Verteilungsanlagen	274.025		278.933
4. Technische Anlagen und Maschinen	40.105		40.527
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.490		7.812
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	31.273		33.324
		406.650	413.554
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	168.564		178.398
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	163.781		159.952
3. Beteiligungen	502.007		502.007
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.662		10.662
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	12.642		11.236
6. Sonstige Ausleihungen	938		1.105
		860.594	863.360
		1.276.240	1.285.667
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.938		33.968
2. Unfertige Leistungen	1.433		1.108
3. Waren	23.307		34.036
		27.678	69.112
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich erhaltene Anzahlungen	339.556		360.309
	-213.901		-247.861
	125.655		112.448
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	63.423		41.902
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.121		4.217
4. Sonstige Vermögensgegenstände	12.900		13.708
		204.099	172.275
III. Wertpapiere			
1. Eigene Genussscheine	3.587		3.587
2. Sonstige Wertpapiere	0		0
		3.587	3.587
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		13.208	29.363
		248.572	274.337
C. Rechnungsabgrenzungsposten		3.982	3.203
		1.528.794	1.563.207

Passiva in TEUR	30.06.2015	30.06.2015	31.12.2014
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	86.000		86.000
II. Kapitalrücklage	78.535		78.535
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen	273.579		267.579
IV. Genussscheinkapital	5.113		5.113
		443.227	437.227
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		9.549	10.069
C. Empfangene Baukostenzuschüsse		82.845	81.961
D. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	19.857		18.836
2. Steuerrückstellungen	0		0
3. Sonstige Rückstellungen	175.660		174.966
		195.517	193.802
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	653.600		655.372
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	64.118		63.860
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	19.383		37.724
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.163		11.910
5. Sonstige Verbindlichkeiten	45.617		69.389
davon aus Steuern: TEUR 10.015 (Vj.: TEUR 3.190)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR 41 (Vj.: TEUR 5)			
		795.881	838.255
F. Rechnungsabgrenzungsposten		1.775	1.893
		1.528.794	1.563.207

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 30. Juni 2015

in TEUR				1. Halbjahr 2015	1. Halbjahr 2014
1. Umsatzerlöse (brutto)				1.315.580	1.237.765
abzüglich Energiesteuer				-65.648	-61.770
				1.249.932	1.175.995
2. Minderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen				326	394
3. Andere aktivierte Eigenleistungen				2.263	2.715
4. Sonstige betriebliche Erträge				66.399	65.847
				1.318.920	1.244.951
5. Materialaufwand					
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren				923.524	873.400
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen				168.634	144.465
				1.092.158	1.017.865
6. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter				80.447	79.764
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				21.295	21.530
				101.742	101.294
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen				23.660	23.923
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
a) Konzessionsabgabe				22.922	20.561
b) Andere				41.024	39.269
				63.946	59.830
				1.281.506	1.202.912
9. Betriebsergebnis				37.414	42.039
10. Erträge aus Beteiligungen					
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	6.542 (Vj.: TEUR	582)	34.075	27.396
11. Auf Grund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne nach Abzug von Dividenden an außenstehende Gesellschafter	in TEUR	99 (Vj.: TEUR	99)	9.859	6.092
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens					
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	1.299 (Vj.: TEUR	1.487)	1.419	1.622
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge					
davon aus verbundenen Unternehmen:	in TEUR	130 (Vj.: TEUR	202)	1.420	1.803
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen				9.834	6.297
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme				7.886	4.397
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
davon an verbundene Unternehmen:	in TEUR	4 (Vj.: TEUR	20)	17.766	17.879
				11.287	8.340
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit				48.701	50.379
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				1.420	1.420
19. Sonstige Steuern				1.167	1.350
20. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn				38.718	40.647
21. Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital				7.396	6.962
22. Ausschüttung auf Genussscheinkapital				1.396	1.462
23. Jahresüberschuss				6.000	5.500
24. Einstellung in andere Gewinnrücklagen				6.000	5.500
25. Bilanzgewinn				0	0

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Verkürzter Anhang für das erste Halbjahr 2015

1 Allgemeine Angaben

Der verkürzte Zwischenabschluss der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft (Stadtwerke Hannover AG) zum 30. Juni 2015 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes sowie des Energiewirtschaftsgesetzes aufgestellt worden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Zum Halbjahresabschluss 2014 hat die Stadtwerke Hannover AG, aufgrund des Börsensegmentwechsels der Genussscheine im Geschäftsjahr 2014, erstmalig einen verkürzten Anhang nach HGB aufgestellt. Dies hat zur Folge, dass aufgrund der vorliegenden Werte aus dem Halbjahresabschluss 2014, eine Angabe der Vorjahreszahlen im Halbjahresabschluss 2015 erfolgt.

Der Ausweis in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung folgt den handelsrechtlichen Gliederungsvorschriften. Gemäß § 265 Abs. 5 HGB wurde eine weitere Untergliederung von Posten vorgenommen, indem branchenspezifische und sonstige Posten im Sinne einer erhöhten Klarheit und Übersichtlichkeit hinzugefügt wurden. Für empfangene Investitions- und Baukostenzuschüsse erfolgt ein passivischer Ausweis in gesonderten Posten.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Dem verkürzten Zwischenabschluss zum 30. Juni 2015 wurden grundsätzlich dieselben Rechnungslegungsgrundsätze zugrunde gelegt, die auch auf den vorangegangenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 der Stadtwerke Hannover AG Anwendung fanden. Für eine Darstellung der maßgeblichen Bilanzierungs- sowie Bewertungsmethoden wird daher auf die Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2014 verwiesen.

Ertragsteuern wurden auf der Grundlage eines durchschnittlichen Ertragsteuersatzes in Höhe von 15,8 Prozent erfasst. Dieser wird auf die an die außenstehenden Aktionäre abzuführende Mindestdividende angewendet.

3 Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des ersten Halbjahres im Anlagenspiegel dargestellt. Hierfür verweisen wir auf die Anlage zu diesem Anhang.

Im laufenden Geschäftsjahr 2015 gab es keine Beteiligungserwerbe und -verkäufe. Jedoch wurden die Anteile an den GKW-Gesellschaften in die Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, gegen Ausgabe neuer Gesellschaftsanteile eingebracht und anschließend die GKW Beteiligungs-GmbH auf die Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover – mit der Folge einer Anwachsung des Vermögens der Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Braunschweig GmbH & Co. KG – verschmolzen. Die Verschmelzung wurde im Juni 2015 in das Handelsregister Hannover eingetragen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Mitzugehörigkeit der **Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen** zu anderen Posten der Bilanz stellt sich wie folgt dar:

Forderungen in TEUR	Verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	30.06.2015	31.12.2014	30.06.2015	31.12.2014
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.862	7.937	3.569	4.304
Forderungen aus Finanzierungsverkehr	49.795	36.991	-1.450	-91
Forderungen aus Beteiligungserträgen	0	0	2	4
Forderungen aus Unternehmensverträgen	2.766	-3.026	0	0
Gesamt	63.423	41.902	2.121	4.217

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 86,0 Mio. EUR und ist eingeteilt in 17.200.000 Aktien im Nennwert von je 5,00 Euro, wovon die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) 12.914.742 Aktien hält.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage enthält den gesetzlichen Reservefonds in Höhe von unverändert 11,4 Mio. EUR.

Gewinnrücklagen

Für die vorgesehene Gewinnrücklagenzuführung für 2015 in Höhe von 12,0 Mio. EUR wurden anteilig im ersten Halbjahr 6,0 Mio. EUR aus dem Jahresüberschuss eingestellt.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen Personalrückstellungen (41,9 Mio. EUR; 1. Halbjahr 2014: 47,3 Mio. EUR), Rückstellungen für die Rehabilitierung von Netzen und sonstigen Anlagen (29,6 Mio. EUR; 1. Halbjahr 2014: 34,7 Mio. EUR) sowie Rückstellungen für Preisrisiken (16,1 Mio. EUR; 1. Halbjahr 2014: 7,4 Mio. EUR).

Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten in TEUR	Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit			
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	653.600	87.600	566.000	293.000	273.000
(Vorjahr)	(655.372)	(89.876)	(565.496)	(323.505)	(241.991)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	64.118	64.118	0	0	0
(Vorjahr)	(63.860)	(63.860)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	19.383	19.383	0	0	0
(Vorjahr)	(37.724)	(37.724)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.163	13.163	0	0	0
(Vorjahr)	(11.910)	(11.910)	(0)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	45.617	45.617	0	0	0
(Vorjahr)	(69.389)	(69.389)	(0)	(0)	(0)
Gesamt	795.881	229.881	566.000	293.000	273.000
(Vorjahr)	(838.255)	(272.759)	(565.496)	(323.505)	(241.991)

Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten in TEUR	Verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	30.06.2015	31.12.2014	30.06.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten aus Gewinnabführung	16.071	24.317	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.680	23.763	-38	689
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsverkehr	-4.660	-12.336	13.201	11.221
Verbindlichkeiten aus Verlustübernahme	1.292	1.980	0	0
Gesamt	19.383	37.724	13.163	11.910

Bewertungseinheiten

Die Stadtwerke Hannover AG setzen unverändert derivative Finanzinstrumente (Sicherungsinstrumente) zur Absicherung von zukünftigen Zahlungsströmen aus Darlehen und Wareneinkäufen (Grundgeschäfte) ein. Dafür werden als Sicherungsinstrumente Zinsswaps, Devisentermingeschäfte, CO₂ - Zertifikateswaps, Kohleswaps und Ölswaps abgeschlossen. Zur Absicherung werden sowohl Mikro- als auch Makrobewertungseinheiten gebildet. Ein dokumentiertes, angemessenes und funktionsfähiges internes Risikomanagement besteht. Die bilanzielle Abbildung der Bewertungseinheiten erfolgt weiterhin anhand der Einfrierungsmethode. Zum Stichtag ergaben sich aus den vorhandenen Bewertungseinheiten keine wesentlichen Ergebnisauswirkungen.

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Aufgliederung der Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer) des Berichtsjahres nach Geschäftsbereichen ergibt sich wie folgt:

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen in TEUR	1. Halbjahr 2015	1. Halbjahr 2014
Strom	668.991	672.098
Gas	394.860	369.444
Wasser	40.305	39.357
Wärme	47.346	41.740
Dienstleistungen	98.430	53.356
Gesamt	1.249.932	1.175.995

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen im Inland erzielt.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 5,1 Mio. EUR (1. Halbjahr 2014: 10,7 Mio. EUR) enthalten.

Personalaufwand

Die Aufwendungen für Altersversorgung betragen im Berichtszeitraum 5,9 Mio. EUR (1. Halbjahr 2014: 5,9 Mio. EUR).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 2,1 Mio. EUR (1. Halbjahr 2014: 3,7 Mio. EUR) enthalten.

Abschreibungen auf Finanzanlagen

Auf die Tochtergesellschaft Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, ist im ersten Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 9,8 Mio. EUR (1. Halbjahr 2014: 6,3 Mio. EUR) erfolgt. Diese spiegelt die schwierigen Rahmenbedingungen für die Stromerzeugung mit konventionellen Kraftwerken wider.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen wurden in Höhe von 4,9 Mio. EUR (1. Halbjahr 2014: 3,5 Mio. EUR) erfasst.

3.3 Angaben zum Halbjahresergebnis

Die Stadtwerke Hannover AG haben entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag 38,7 Mio. EUR (1. Halbjahr 2014: 40,6 Mio. EUR) an die VVG abzuführen. In diesem Betrag sind 9,0 Mio. Euro (1. Halbjahr 2014: 9,0 Mio. EUR) Mindestdividende an außenstehende Aktionäre enthalten. Auf das Genussscheinkapital würde sich eine Ausschüttung von 1,4 Mio. EUR (1. Halbjahr 2014: 1,5 Mio. EUR) ergeben. Der verbleibende Jahresüberschuss von 6,0 Mio. EUR (1. Halbjahr 2014: 5,5 Mio. EUR) wurde den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

3.4 Sonstige Angaben

3.4.1 Belegschaft

Im ersten Halbjahr 2015 waren durchschnittlich im Unternehmen 2.514 Mitarbeitende (1. Halbjahr 2014: 2.560 Mitarbeitende) beschäftigt. Die Mitarbeitenden verteilen sich dabei wie folgt:

	1. Halbjahr 2015	1. Halbjahr 2014
Mitarbeitende	2.514	2.560
davon Gehaltsempfänger	1.675	1.697
davon Lohnempfänger	737	764
davon Auszubildende	102	99

3.4.2 Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Haftungsverhältnisse

Gegenüber einem Kreditinstitut wurde für ein Darlehen der Danpower GmbH, Potsdam (verbundenes Unternehmen), eine Ankaufsverpflichtung von bis zu 1,0 Mio. EUR bis zum Zeitpunkt der Tilgung des Darlehens eingegangen. Zum Bilanzstichtag 30. Juni 2015 ist mit einer künftigen Inanspruchnahme aus dieser Ankaufsverpflichtung nicht zu rechnen. Die Verpflichtungen aus dem zugrunde liegenden Darlehen wurden von der Danpower GmbH bisher vertragskonform erfüllt. Darüber hinaus wurde gegenüber einem weiteren Kreditinstitut eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 0,3 Mio. EUR für eine Beteiligungsgesellschaft übernommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Infolge der langfristigen Anmietung des Verwaltungsgebäudes Ihmeplatz 2, Hannover, bestehen Verpflichtungen aus dem Mietvertrag mit einer Restlaufzeit von bis zu 5,5 Jahren in Höhe von 13,6 Mio. EUR.

Darüber hinaus bestehen am Stichtag Verpflichtungen aus dem Pachtvertrag mit einer Restlaufzeit von 12,5 Jahren für das Strom- und Wasserversorgungsnetz sowie mit einer Restlaufzeit von 17,5 Jahren für das Gasversorgungsnetz mit den Netzgesellschaften Laatzen. Die künftigen Verpflichtungen aus der Mindestpacht für das Wassernetz liegen bei 0,5 Mio. EUR; der Pachtzins für das Strom- und Gasnetz ist variabel. Im ersten Halbjahr 2015 sind Pachtaufwendungen von insgesamt 1,6 Mio. EUR entstanden.

Für Kfz-Leasing bestehen Verpflichtungen in Höhe von 0,3 Mio. EUR.

Aus Darlehenszusagen gegenüber Beteiligungsunternehmen bestehen finanzielle Verpflichtungen von insgesamt 37,5 Mio. EUR; davon wurden gegenüber den verbundenen Unternehmen Zusagen zu langfristigen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 37,5 Mio. EUR gemacht.

3.4.3 Konzernverhältnisse

Die VVG hat mitgeteilt, dass ihr 75,09 Prozent der Stimmrechte an der Stadtwerke Hannover AG zustehen. Gleichfalls hat die VVG mitgeteilt, dass die Landeshauptstadt Hannover auf Grund der Zurechnung der von der VVG gehaltenen Stimmrechte gemäß § 16 Abs. 4 AktG über 75,09 Prozent Stimmrechte an der Stadtwerke Hannover AG verfügt. Weitere 24,00 Prozent der Stimmrechte hält die Thüga AG.

Die Stadtwerke Hannover AG, mit Sitz in Hannover, ist das Mutterunternehmen, das jeweils zum 31. Dezember für den kleinsten Kreis von Unternehmen einen Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU verpflichtend anzuwenden sind und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB maßgeblichen handelsrechtlichen Vorschriften, sowie einen Konzernlagebericht aufstellt. Ab dem Geschäftsjahr 2014 werden aufgrund des Segmentwechsels der Genussscheine der Konzernabschluss sowie der Konzernlagebericht freiwillig nach den vorgenannten Standards aufgestellt, da die Gesellschaft gemäß § 291 HGB von der Verpflichtung befreit ist. Mutterunternehmen für den größten Konsolidierungskreis ist die Mehrheitsgesellschafterin VVG, ebenfalls mit Sitz in Hannover. Diese hat nach den Vorschriften des HGB zum 31. Dezember 2014 einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufgestellt, in die die Stadtwerke Hannover AG einbezogen wurde. Die Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte der VVG und Stadtwerke Hannover AG sind im elektronischen Bundesanzeiger unter www.bundesanzeiger.de sowie www.enercity.de veröffentlicht.

3.4.4 Prüfung des Halbjahresabschlusses

Der aufgestellte Halbjahresabschluss wurde nicht von einem Abschlussprüfer geprüft.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Zwischenabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Zwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Hannover, den 10. August 2015

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Feist

Noske

Westerholz

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Entwicklung des Anlagevermögens im ersten Halbjahr 2015

in TEUR	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand 01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Stand 30.06.2015	Stand 01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Stand 30.06.2015	Stand 30.06.2015	Stand Vorjahr
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	53.985	106	0	1.994	56.085	45.232	1.857	0	0	0	47.089	8.996	8.753
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	148.439	190	136	2.234	150.727	108.286	1.241	135	0	0	109.392	41.335	40.153
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	166.016	54	408	512	166.174	153.211	948	407	0	0	153.752	12.422	12.805
3. Verteilungsanlagen	1.404.388	2.870	4.408	7.436	1.410.286	1.125.455	14.698	3.892	0	0	1.136.261	274.025	278.933
4. Technische Anlagen und Maschinen Andere Anlagen, Betriebs- und	220.581	915	1.900	2.072	221.668	180.054	3.309	1.800	0	0	181.563	40.105	40.527
5. Geschäftsausstattung	64.142	630	1.283	657	64.146	56.330	1.607	1.281	0	0	56.656	7.490	7.812
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	33.324	12.854	0	-14.905	31.273	0	0	0	0	0	0	31.273	33.324
	2.036.890	17.513	8.135	-1.994	2.044.274	1.623.336	21.803	7.515	0	0	1.637.624	406.650	413.554
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	275.460	0	0	0	275.460	97.062	9.834	0	0	0	106.896	168.564	178.398
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	159.952	7.829	4.000	0	163.781	0	0	0	0	0	0	163.781	159.952
3. Beteiligungen	506.271	0	0	0	506.271	4.264	0	0	0	0	4.264	502.007	502.007
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.662	2.000	0	0	12.662	0	0	0	0	0	0	12.662	10.662
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	11.236	1.406	0	0	12.642	0	0	0	0	0	0	12.642	11.236
6. Sonstige Ausleihungen	1.120	0	168	0	952	15	0	0	0	1	14	938	1.105
	964.701	11.235	4.168	0	971.768	101.341	9.834	0	0	1	111.174	860.594	863.360
	3.055.576	28.854	12.303	0	3.072.127	1.769.909	33.494	7.515	0	1	1.795.887	1.276.240	1.285.667